



## „Berlin-Ticker“ Nr. 119 vom 15. Dezember 2011

für Bürger, Medien, Verwaltungen und Unternehmen mit aktuellen Infos aus der Bundespolitik

Diesen Newsletter online lesen und digital durchblättern: <http://www.manfredgrund.de/2011/12/15/ticker-119/>

Berlin, 15. Dezember 2011

### Bild der Woche

#### Manfred Grund, MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer  
der CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag

Vorsitzender der Landesgruppe  
Thüringen der CDU/CSU-Fraktion  
im Deutschen Bundestag

Ich bin der Bundestagsabgeordnete  
im Wahlkreis 189 Eichsfeld -  
Nordhausen - Unstrut-Hainich-  
Kreis I in Thüringen

#### Kontakt

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-78014  
Fax: +49 30 227-76374  
[manfred.grund@bundestag.de](mailto:manfred.grund@bundestag.de)  
[twitter.com/manfred\\_grund](https://twitter.com/manfred_grund)  
[www.facebook.com/manfredgrund](https://www.facebook.com/manfredgrund)

#### Wahlkreisbüros

- ▶ Wilhelmstraße 20  
37308 Heilbad Heiligenstadt  
Telefon: +49 3606-606165
- ▶ Steinweg 51  
99974 Mühlhausen  
Telefon: +49 3601-405027
- ▶ Käthe-Kollwitz-Straße 4  
99734 Nordhausen  
Telefon: +49 3631-691100



Der diesjährige Weihnachtsbaum vor dem Reichstag in Berlin

### Inhalte

1. Schlagwort „Rentenangleichung“ führt in die Irre..... 1
2. Demokratie nach Russland-Wahl ..... 4
3. Afghanistan – Übergabe in Verantwortung..... 4
4. Pfändungsschutzkonto bis 31. Dezember beantragen ..... 5
5. Rückblick 2011 ..... 6
6. Festtagsgrüße ..... 7

#### 1. Schlagwort „Rentenangleichung“ führt in die Irre

In dieser letzten Sitzungswoche 2011 findet das Thema Rente mehrfach Eingang in die Plenardebatte. Heute ging es um die



Rente mit 67. Am Freitag wird auf Antrag der Opposition die Rentenanpassung in den neuen Ländern debattiert. Dieses Thema ist stark emotional beladen. Leider führt das Schlagwort „Rentenanpassung“ nicht zwingend zu höheren Renten in den neuen Bundesländern!

Richtig ist, dass der Rentenwert Ost 3,10 Euro unter dem Rentenwert West zurück bleibt. Aktuell erreichen Renten im Osten eine Höhe von 88,7 Prozent der Altersrenten in den Alt-Bundesländern. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner in Ostdeutschland liegt bei rund 73 Prozent des Westniveaus, das Lohnniveau bei 83 Prozent.

Auch die Opposition sieht keinen „Zweifel, dass es sich bei der Rentenüberleitung um ein Herkulesaufgabe gehandelt hat, die von den Beschäftigten der Rentenversicherungsträger mit Bravour geleistet worden ist. In ihrem Ergebnis ist die Rentenüberleitung ein eindeutiger Erfolg. Für keine andere Bevölkerungsgruppe der DDR hat sich der Lebensstandard im Durchschnitt so verbessert, wie für die Rentnerinnen und Rentner“ (Große Anfrage der SPD, Drs. 17/5540, S. 1 Vorbemerkung).

In den neuen Bundesländern gibt es heute drei Gruppen von Betroffenen:

- Bestandsrentner, die vor 1989 oder spätestens 1991 in Rente gegangen sind
- Menschen, die einen Teil ihres Arbeitslebens in der DDR verbracht haben, die nach 1990 auch in die Sozialversicherung der Bundesrepublik eingezahlt haben und die in den letzten Jahren in den Ruhestand getreten sind sowie
- Beschäftigte, die heute Beitragszahler und Steuerzahler sind.

Leider bringen die diskutierten Modelle der „Rentenanpassung“ nicht jeder Gruppe Vorteile. Die Besserstellung einer Gruppe wird jeweils mit Nachteilen in anderen Gruppen erkaufte. Was ist gerecht?

Zum Verständnis: Grundprinzip der gesetzlichen Rentenversicherung ist die Beitragsbezogenheit: Wer arbeitet, zahlt einen festen Prozentsatz seines Einkommens als Beitrag in die gesetzliche Rentenkasse ein. Dafür erwerben die Arbeitnehmer jeweils Ansprüche in Form von Entgeltpunkten, die mit dem jeweils aktuellen Rentenwert multipliziert werden. So errechnet sich die persönliche Altersrente als Äquivalent der gezahlten Beiträge.



Gespräche zur Rente: Aufklärung tut Not

Das größte Problem für die neuen Bundesländer ist der geringere Lohn der Beschäftigten.

Um lebenslange Nachteile der geringeren Ost-Löhne bei der Rente zu verhindern, werden seit 1992 die Arbeitsverdienste Ost mit einem Hochwertungsfaktor vervielfältigt, der den Abstand des Durchschnittsentgelts Ost zum Durchschnittsentgelt West widerspiegelt. Die Hochwertung des Arbeitsentgelts erreicht, dass das geringere Lohnniveau in den neuen Ländern nicht auch zu dauerhaft niedrigeren Altersrenten führt.

*Beispiel: Ein Kfz-Mechaniker im Osten mit Jahreslohn von rund 27.000 Euro erreicht durch die Hochwertung ebensolche Rentenanwartschaften wie sein Westkollege mit rund 32.000 Euro Jahresverdienst.*

Dies ist eine besondere solidarische Leistung der Sozialversicherung, von der nur Beschäftigte in den neuen Ländern profitieren.

Die Schaffung eines einheitlichen Rentenrechts impliziert die Vereinheitlichung aller für die Rentenberechnung maßgeblichen Rechengrößen. Wer jetzt den Rentenwert für alle Rentenbezieher in Ost und West sofort vereinheitlichen möchte, muss den Beitragszahlern zugleich erklären, warum er die Höherwertung der Löhne aufzugeben bereit ist.

Die Höherwertung aufzugeben, hieße die Renten Ost mit den neuen, gesamtdeutschen Rechengrößen neu zu ermitteln zulasten der Kinder und Enkel, die heute trotz geringer Löhne Rentenbeiträge und Steuern zahlen und für ihre eigene Rente zusätzlich privat vorsorgen sollen.

Eine solche „Rentenanpassung“ aufgrund höherer Bewertung widerspräche sowohl systematisch als auch verteilungsmäßig der Idee der gesetzlichen Rentenversicherung. Es entstünden neue Unterschiede zwischen Ost und West. Dies wäre keine Lösung!

Ziel der Rentenüberleitung bleibt die einheitliche Geltung des Rentenrechts nach der Regelungssystematik des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VI). Wenn die Einkommensverhältnisse in Ost und West sich angleichen, ergibt sich automatisch eine Angleichung der Renten.

Der Bund unterstützt im Rahmen des Solidarpaktes II zahlreiche Maßnahmen der Investitions-, Infrastruktur- und Innovationsförderung, die zu einer Erhöhung der Produktivität in



den ostdeutschen Ländern beitragen. Damit wird auch eine wichtige Voraussetzung für die weitere Angleichung bei Löhnen und Gehältern unterstützt. Die Findung einer angemessenen Lohnhöhe liegt bei den Sozialpartnern, nicht beim Staat.

In einem vereinigten Deutschland sollte es nicht mehr lange unterschiedliche Rentenwerte geben. Doch bloß eine „Rentenanpassung“ zu fordern, löst das Problem nicht, sondern schafft neue Probleme.

Deshalb wird meine Fraktion am Freitag gegen die Anträge der Opposition stimmen.

- Bitte beachten Sie auch den Beitrag im „Berlin-Ticker“ 116 vom 11. November 2011.
- Ich weise auch darauf hin, dass für die Rentenberechnung wichtige Lohnunterlagen aus DDR-Zeiten von den Unternehmen ab 2012 nicht mehr aufbewahrt werden müssen (siehe „Berlin-Ticker“ 118 vom 1. Dezember). Bitte weisen Sie Angehörige und Freunde darauf hin. Noch dieses Jahr ist aktives Handeln erforderlich, sollte eine Rentenbiografie Lücken aufweisen, die in der DDR liegen.

## **2. Demokratie nach Russland-Wahl**

Heute Nachmittag habe ich in einer Aktuellen Stunde über die Folgen der Duma-Wahl in Russland gesprochen. Alle Fraktionen hatten diese aktuelle Stunde zum Thema „Demokratiebewegung in Russland“ gemeinsam beantragt, um die zivile Bürgergesellschaft in Russland zu unterstützen, die sich nach der sehr wahrscheinlich manipulierten Duma-Wahl staatlichen Repressalien ausgesetzt sieht.

Meine Rede können Sie voraussichtlich ab morgen auf meiner Homepage nachlesen. Ein Video wird in den nächsten Tagen nachgereicht.

## **3. Afghanistan – Übergabe in Verantwortung**

In dieser Woche hat der Bundestag den Einsatz deutscher Truppen an einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) beraten und verlängert. Die Mandatsobergrenze von bislang 5.350 Soldaten wurde auf 4.900 gesenkt. Damit nimmt der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan konkrete Form an.



Je nach Entwicklung der Sicherheitslage und des Übergabeprozesses wollen wir die tatsächliche Truppenstärke im Verlauf des nächsten Jahres weiter auf 4.400 reduzieren. 2014 soll der Einsatz in seiner bisherigen Form beendet sein.

Bundesminister Guido Westerwelle hat heute in einer Regierungserklärung auch über die Ergebnisse der internationalen Afghanistan-Konferenz unterrichten, die in der vergangenen Woche auf dem Petersberg bei Bonn stattfand. Wie bereits vor zehn Jahren ist es gelungen, die wichtigsten Akteure aus Afghanistan an einen Tisch zu bringen und das internationale Engagement mit den Erwartungen und Zielen der Afghanen abzustimmen. Vom Petersberg ging die Botschaft aus, dass Afghanistan beim zivilen Aufbau auch über 2014 hinaus auf unsere Unterstützung zählen kann.

Das deutsche Engagement ist allerdings mit klaren Erwartungen an die afghanischen Partner verbunden. Der interne Reformprozess in Afghanistan verläuft nach wie vor schleppend. Uns ist bewusst, dass der Aufbau staatlicher Strukturen keine einfache Aufgabe ist, aber wir erwarten Fortschritte, damit wir den begonnenen Weg der „Übergabe in Verantwortung“ weiter gehen können.

Für die Bewertung der Entwicklungen vor Ort ist der jährliche Fortschrittsbericht Afghanistan unerlässlich, den die Bundesregierung in dieser Woche zum zweiten Mal vorlegte. Es war die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die vor einem Jahr den Anstoß zu diesem Bericht gegeben hat. Wir sind überzeugt, dass wir diese umfassende Lageanalyse auch für die geplante Reduzierung der Zahl unserer Soldaten benötigen. Denn es muss klar sein, dass eine verantwortbare Übergabe der Sicherheit Vorrang hat vor der Verwirklichung ehrgeiziger Zeitpläne.

#### **4. Pfändungsschutzkonto bis 31. Dezember beantragen**

Nur noch bis zum 31. Dezember 2011 kann ein Pfändungsschutz auch ohne spezielles Pfändungsschutzkonto (P-Konto) in Anspruch genommen werden. Da diese Möglichkeit ab dem 1. Januar 2012 nicht mehr besteht, sollten Bankkunden bei einer drohenden oder bestehenden Pfändung die Umwandlung des Kontos in ein P-Konto rechtzeitig bei der Bank bzw. Sparkasse beantragen.

Über das P-Konto erhalten Personen im Falle einer Pfändung Pfändungsschutz, ohne dass sie dies vorher gerichtlich



beantragen müssen. Jeder Kontoinhaber kann bei seiner Bank oder Sparkasse beantragen, dass sein bestehendes Girokonto in ein P-Konto umgewandelt wird. Jede Person darf allerdings nur ein Konto als P-Konto führen.

Dieser automatische Pfändungsschutz beträgt 1.028,89 Euro (Grundfreibetrag) pro Monat. Über Kontoguthaben bis zur Höhe des Grundfreibetrages kann auch nach der Zustellung von Pfändungen verfügt werden, wenn ein entsprechendes Guthaben auf dem Konto vorhanden ist (z. B. auch durch Überweisungen und Lastschriften).

Das Gesetz sieht in bestimmten Fällen höhere Freibeträge als den Grundfreibetrag vor. Bei der Bank bzw. Sparkasse können Bescheinigungen vorgelegt werden, mit denen Unterhaltsverpflichtungen oder auch der Eingang von Kindergeld auf dem Konto nachgewiesen werden. So lässt sich der monatliche Grundfreibetrag um die gesetzlichen Pauschalbeträge erhöhen, so dass das Existenzminimum gesichert ist. Alternativ kann ein Gericht den monatlichen Freibetrag auch individuell höher festsetzen.

Arbeitgeber, Sozialleistungsträger (z. B. das Jobcenter), die Familienkasse oder Schuldnerberatungsstellen können die Bescheinigung kostenlos ausstellen.

Die Umstellung eines Kontos in ein Pfändungsschutzkonto kostenlos. Die Entgelte für die anschließende Führung des neuen Kontos ergeben sich aus dem Aufwand und unterscheiden sich von Bank zu Bank.

## 5. Rückblick 2011



Das Schloss in Heringen

Das Jahr 2011 geht zu Ende. Im Rückblick sind mir die Beschlüsse zum Ausstieg aus der Kernkraft, das Aussetzen der Wehrpflicht sowie die Beschlüsse zu Mindestlöhnen in besonderer Erinnerung (siehe dazu auch die Newsletter 107 vom 26. Mai 2011, 108 vom 30. Juni 2011 sowie 115 vom 26. Oktober 2011).

Es gab gute Nachrichten in 2011:

- Für das Schloss Heringen gab es auch 2011 Geld aus Denkmaltöpfen des Bundes.
- Der Bund beteiligt sich an der Ergänzung des mittelalterlichen Wehrturmes am Schloss Volkerode.



- Die Mehrgenerationenhäuser in Mühlhausen und Nordhausen werden für jeweils drei weitere Jahre gefördert.
- Das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert ein im Juni 2011 gestartetes Wissenschaftsprojekt am Institut für Bioprozess- und Analysenmesstechnik e.V. (iba) Heiligenstadt.
- Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen fördert ein Pilotprojekt der DEUSA, das jedes Jahr mehrere tausend Tonnen Erdgas einspart.

Als schmerzlichen Einschnitt empfinde ich die Entscheidung des Bundesverteidigungsministers, die Kaserne in Mühlhausen zu schließen und den traditionsreichen Standort aufzugeben. Ich hatte diese Entscheidung nicht erwartet.

Mühlhausen, das bereits den Weggang zahlreicher Behörden verkraften musste, gebührt nun besonderes Augenmerk des Landes und des Bundes. Ich beteilige mich an der Entwicklung von Ideen sowie der Vermittlung von Kontakten sowohl für die Nutzung der Liegenschaften wie auch der Entwicklung der Infrastruktur.

## 6. Festtagsgrüße

Dies war der letzte Newsletter im Jahre 2011. Recht herzlichen Dank für Ihr Interesse und die Rückmeldungen und Nachfragen. Ich hoffe, Sie finden auch 2012 Interessantes in diesem Service und Sie schlagen auch im kommenden Jahr diesen „Berlin-Ticker!“ gern auf.

Schon heute verabschiede ich mich von Ihnen als Leser des „Berlin-Tickers“ ins nächste Jahr. Die nächste Ausgabe wird am 19. Januar 2012 erscheinen.

Ich wünsche Ihnen besinnliche Feiertage und einen guten Rutsch. Bleiben Sie gesund! Ihnen, Ihren Angehörigen und Freunden alles Gute!

Ihr

--





Rente, Rentenanpassung, Rentner, Sozialgesetzbuch,  
Russland, Wahl, Afghanistan, Bundeswehr,  
Fortschrittsbericht, Pfändungsschutz, Bankkunden,  
Jahresrückblick